

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2012



Man muss auch mal lachen dürfen

Wenn es ums Retten geht, sind Meldungen aus der Eurozone und über den Transferaufwand gegen deren absehbaren Zerfall nicht lustig. Gelegentlich muss man aber trotzdem lachen dürfen: zum Beispiel über die in den als „südlich“ firmierenden Empfängerländern erarbeitete Theorie, die Deutschen hätten sich durch jahrelange Lohnzurückhaltung Wettbewerbsvorteile erschlichen, die sogar als „Lohndumping“ zu gelten hätten. Daher seien die Deutschen mitverantwortlich für die Schwierigkeiten – ja, auch für die Misere in den Krisenländern. Da dem so sei, müssten die deutschen Arbeitgeber nun im Geiste guter Nachbarschaft Reallohnsteigerungen zulassen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen.

Über diese Argumentation einer beschäftigungs-, wohlstands- und wettbewerbsorientiert gemeinten Lohnpolitik darf man ohne Kränkungsabsicht lachen. Aber nur einen Augenblick lang, sozusagen im ersten Schreck über die echte oder die vorgetäuschte Naivität einer Verteilungspolitik, die die Entwicklung der Einkommen von der jeweils heimischen Produktivität der Arbeit löst und die den nicht selbst erwirtschafteten Teil der Kosten zur alsbaldigen Begleichung in einer auf Umverteilung durch „Nothilfe“ geradezu angelegten Währungsunion herumschickt.

Wie sollen die Deutschen nun helfen? Sollen sie sich mit einer aggressiven Lohnpolitik auf das Produktions-, Ertrags- und Wohlstandsniveau der Mitgliedsländer begeben, denen Wirtschaften, Wettbewerbsdziplinen und Kostenerwägungen eher fremd sind? Oder sollen sie die Währungsunion verlassen, damit der Euro – zum Wohle der Hochkostenländer – die Chance zur Abwertung bekommt? Die Politiker in Deutschland halten es – einstweilen – mit dem Verbleib in der Eurozone und dem Retten. Manche Ökonomen raten zum Retten durch Flucht. Bis dahin gilt: Man muss auch mal lachen dürfen.

Hans D. Barbier

Am Weihnachtsbaum...

In Deutschland sollen in diesem Jahr wieder zwischen 23 und 25 Millionen Christbäume auf Balkonen, in Wohnzimmern und Büros für die rechte Stimmung sorgen. Rund 90 Prozent der Bäume stammen, ähnlich wie im letzten Jahr, aus heimischer Produktion. Der Rest kommt aus Dänemark und anderen Nachbarländern.

Der Anbau der Bäume erfolgt überwiegend in landwirtschaftlichen Sonderkulturen. Die Verbraucher müssen in diesem Jahr für den Christbaum-Kauf kaum tiefer in die Tasche greifen als 2011. Der Bundesverband der Weihnachtsbaum- und Schnittgrünzeuger rechnet in dieser Saison mit Preisen von etwa 16 bis 22 Euro pro laufendem Meter Nordmantanne. Die Nordmantanne als Weihnachtsbaum hat in Deutschland einen Marktanteil von knapp 75 Prozent. Mit weitem Abstand folgen Blaufichten (13 Prozent), Fichten (9 Prozent) sowie Nobilistannen und Kiefern. Na dann: Frohe Festtage!
<http://goo.gl/F25jA>

Steigender Regelsatz

Hartz-IV- bzw. Arbeitslosengeld-II-Bezieher bekommen ab Januar 2013 mehr Geld. Der Bundesrat hat die vom Bundeskabinett vorgeschlagene Erhöhung des Regelsatzes um acht Euro beschlossen: auf dann monatlich 382 Euro für

alleinstehende Erwachsene bzw. auf jeweils 345 Euro für zwei in einem Haushalt zusammenlebende Erwachsene. Zudem werden erstmals auch die Bedarfssätze für Kinder in allen Altersgruppen erhöht.

Der Anstieg entspricht der vorgeschriebenen Anpassung an Preise und Löhne. Er ergibt sich aus einem Mischindex, der Preissteigerung und Lohnentwicklung berücksichtigen soll. Dem Index zufolge müssten die Regelsätze um 2,26 Prozent steigen; durch Rundung auf volle Euro-Beträge fällt die Anhebung auf 382 Euro mit 2,1 Prozent etwas geringer aus.

Die letzte Regelsatz-Anhebung gab es am 1. Januar 2012. Laut Bundesagentur für Arbeit sollen die neuerlich beschlossenen Anpassungen bereits Ende Dezember 2012 automatisch erfolgen, sodass eine reibungslose Auszahlung des neuen Hartz-IV-Regelsatzes gewährleistet sei.

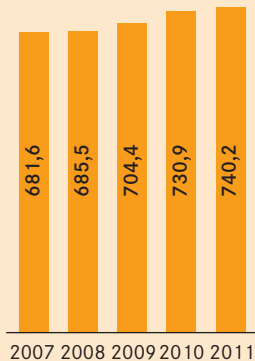
<http://goo.gl/PKJl9>

Gut versichert?

Mit Kapitalanlagen von 734 Milliarden Euro erwirtschafteten die deutschen Lebensversicherungen 2012 eine Nettoverzinsung von rund vier Prozent. Auch Neuanlagen lagen noch immer über dem durchschnittlichen Garantiezins von 3,2 Prozent. Der Grund: Die Versicherer investieren die Beiträge ihrer Kunden weniger in Staatsanleihen, sondern mehr in Immobilien, Unter-

Kapitalanlagen

der Lebensversicherer,
in Milliarden Euro



2007 2008 2009 2010 2011

Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft

nehmensanleihen, Pfandbriefe und Infrastrukturprojekte, die höhere Renditen abwerfen.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ist trotz der andauernden Niedrigzinsphase überzeugt: „Die deutsche Lebensversicherung ist sicher!“ Dass die Versicherer Entwarnung geben, liegt wohl auch daran, dass sie ihre Kunden künftig nicht mehr an stillen Reserven der festverzinslichen Wertpapiere beteiligen müssen. Wenn diese Papiere im Kurs stiegen, musste bisher ein Anteil an den Gewinnen bei Vertragsende an die Versicherungsnehmer ausgezahlt werden. Das soll sich ab dem nächsten Jahr ändern; der Bundestag hat einer entsprechenden Regelung bereits zugestimmt, nun ist der Bundesrat an der Reihe.

Bei den in der GDV-Statistik ausgewiesenen 94 Lebensversicherungsunternehmen gab es 2011 nach vorläufigen Meldungen einen Bestand von 93,6 Millionen Lebensversicherungen.

<http://goo.gl/awxsN>

Jahresabschluss

Wirtschaftspolitisches Hauptthema des Jahres 2012 war einmal mehr die „Euro-Krise“. Trotzdem hat die Im-Klartext-Redaktion auch darauf geschaut, wie es um die drei Grundziele der Sozialen Marktwirtschaft – Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität – bestellt war. Doch wieder einmal ist das Fazit für ein zu Ende gehendes Jahr unerfreulich: Soziale Marktwirtschaft ist auch 2012 nicht in Sicht gewesen.

2012 gab es für die drei Rubriken insgesamt zwölf positive Wertungen; sieben Mal wurde sowohl positiv, als auch negativ gewertet. Aber auch im laufenden Jahr überwiegen – wie in den Vorjahren – die Negativwertungen: 17 Mal lautete die Wertung „Minus“.

Auszeit für die Vollbeschäftigung

Fünf Mal „Plus“, zwei Mal „Plus/Minus“, fünf Mal „Minus“: Das ausgeglichene Ergebnis für die Arbeitsmarktpolitik lag daran, dass die Arbeitslosenzahlen nicht besonders auffällig waren. Die monatlich von der Bundesagentur für Arbeit (BA) offiziell gezählten Menschen ohne Arbeit pendelten im Verlauf der betrachteten zwölf Monate zwischen 3,1 Millionen (Februar und März 2012) und 2,8 Millionen (August 2012); die zuletzt veröffentlichte BA-Statistik vermerkt 2,75 Millionen Arbeitslose.

Allerdings ließ die erhoffte Arbeitsmarktdynamik mit fortschreitendem Jahresverlauf nach. Zusätzlich sanken die offiziellen Stellenangebote, und nach wie vor hakt es – Ausbildungspakt hin, Qualifizierungsmaßnahmen her – bei der Berufsausbildung. Weniger Ausbildungsbetriebe und eine hohe Anzahl von

jugen Erwachsenen in Warteschleifen anstatt in Ausbildung trübten das Bild vom „Jobwunder“.

Viele Jugendliche, besonders solche, die schon über mehrere Jahre nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen suchen, dürften sich in ihrer Einschätzung bestätigt fühlen, dass Politik und Gesellschaft auf sie verzichten. Wenn Studien zufolge schon ältere Arbeitslose schwer an dieser Erkenntnis tragen: Wer sich bereits zu Beginn des Arbeitslebens „überflüssig“ fühlt, wird früher oder später aufgeben und anstatt in eine berufliche in eine Fürsorgekarriere starten.

Zustimmung zur Eigenverantwortung, aber...

Fünf Mal positiv, vier Mal unentschieden und lediglich drei Mal „Minus“: Die „Eigenverantwortung“ hat in diesem Jahr die wenigsten negativen Wertungen erhalten. Trotz größerer Gefahren für private Haushalte, zahlungsunfähig zu werden, achteten die Menschen verstärkt auf sichere Geldanlagen, insbesondere für die Altersvorsorge. Mehr Freiberufler sowie weniger Unternehmenspleiten und Privatinsolvenzen führten ebenso zu positiven Noten.

Unentschieden war die Redaktion beispielsweise, weil

einerseits Freiwilligendienste wie der „Bundesfreiwilligendienst“ von der Bundesregierung als großer Erfolg gefeiert wurden. Andererseits standen den rund 85 000 Menschen in einem gesetzlich geregelten Freiwilligendienst rund 23 Millionen Menschen gegenüber, die sich in nicht staatlich betreuter ehrenamtlicher Arbeit engagierten. Ebenfalls schwer fiel die Entscheidung, der Riester-Rente vorbehaltlos eine ausschließlich positive Wertung zu geben.

Eine negative Wertung gab es unter anderem, weil zwar die Notwendigkeit zur Vorsorge erkannt wird, den Erkenntnissen zum Trotz aber das konkrete Handeln unterblieb. Die übrigen zwei negativen Einschätzungen ergaben sich aus dem Zuwachs der staatlichen Fürsorge.

Andauernder Kaufkraftverlust

Zwei positive und neun negative Wertungen erfolgten das Jahr über für die Rubrik „Geldwertstabilität“. Positiv war 2012 zweifelsohne, dass die Veränderungsrate der Verbraucherpreise – die Teuerungsrate – öfter unter dem für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwert lagen: Die Europäische Zentralbank sieht bis zu einer Inflationsrate



„Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, diese Erfolgsbilanz darf man ja auch einmal ansprechen. Ein nüchterner Blick auf die Fakten zeigt: Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung.“

Angela Merkel

von zwei Prozent die Preisstabilität gewahrt.

Eine unentschiedene Wertung ergab sich daraus, dass zwar einerseits die Löhne gestiegen sind, die Erhöhung andererseits aber durch die Teuerung weitgehend egalisiert wurde. Inflation bedeutet Lehrbüchern zufolge, dass pro Euro immer weniger gekauft werden kann, da die Preise steigen. Die Bürger verlieren aber auch Kaufkraft, wenn Preise zwar relativ stabil bleiben, Verdienste und Ersparnisse aber durch staatlichen Zugriff geschmälert werden.

Das Letztgenannte führte denn auch zu den überwiegend negativen Einschätzungen: Zum einen weitete die Politik die Staatsverschuldung aus, um auf die Krise in der Eurozone zu reagieren; Alternativen wurden nicht erwogen. Zum anderen schmälerten politische Entscheidungen das verfügbare Einkommen der Bürger: Vor allem die Beschlüsse zu diversen Umlagen für Strom – Stichwort Energiewende – wirkten sich negativ aus.

Tief greifende Entscheidungen

Für die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht von Ludwig Erhard bot das ablaufende Jahr kaum Grund zum Jubeln. Unabhängig von der Krise im Euroraum hat die Im-Klartext-Redaktion darauf hingewiesen, dass bereits bei den Grundzielen einiges im Argen liegt. Obwohl in Deutschland immer wieder über Soziale Marktwirtschaft gesprochen und geschrieben wird, fungiert sie in Wirt-

schaft, Politik und Wissenschaft – wenn sie denn überhaupt eine Rolle spielt – als Feigenblatt für politische Interventionen aller Art. Politiker bezeichne Staatseingriffe seit geraumer Zeit immer dann als „Soziale Marktwirtschaft“, wenn sie als besonders wichtig empfunden oder weitreichende Folgen vermutet werden. Ludwig Erhards Verständnis von Ordnungspolitik war aber etwas prinzipiell anderes als nur bedeutungsvolle, gewichtige Wirtschaftspolitik.

Es ist offensichtlich, dass die Politik auf allen Ebenen des Staates „Wirtschaft“ mit einem System gleichsetzt, das aus mathematischen Formeln und Gleichgewichtsbedingungen Wohlstand für alle schafft. Hier ein, zwei Parameter ändern, dort eine Variable zusätzlich einfügen, dann wird's auch was mit der Sozialen Marktwirtschaft. Besonders auffällig ist dabei die Fixierung der Politik auf das Wirtschaftswachstum. Es wird inzwischen fast nur noch als von der Wirtschaftspolitik aktiv herbeireguliertes Phänomen angesehen.

Wirtschaftswachstum war für Ludwig Erhard aber weder prozess- noch ordnungspolitisches Ziel. Er hat es lediglich als – gern vermerkte – Folge seiner Politik angesehen, eine Politik mit dem Ziel, Freiheit zu sichern. Das schließt dann aber aus, dass der Staat wirtschaftsfördernde, -beschränkende oder -hemmende Maßnahmen ergreift. Denn durch sein Eingreifen wird die private Autonomie unweigerlich dem staatlichen Zugriff unterstellt.

Regierung zwischen Anspruch und Realität

Die Bundesregierung indes ist über ihre Arbeit begeistert, sieht sich gar schon als beste Regierung seit Jahrzehnten. Und was unternimmt sie nicht alles, um den Bürgern das Leben zu erleichtern: Zum Ausgleich für die Gleichstellungspolitik für Frauen wird zusätzlich die „Jungen- und Männerpolitik“ etabliert. Die Agenda 2020 für den Radverkehr erfordert präzise Vorgaben aus dem Bundesverkehrsministerium.

Und natürlich die Energiewende: Um dieses „Jahrhundertprojekt“ umzusetzen, werden in weiten Bereichen marktwirtschaftliche Instrumente suspendiert und durch politische Vorgaben ersetzt. Das führt dann zu dem Paradoxon, dass von der Regierung beschlossene Entlastungen – Senkung der Rentenbeiträge und Abschaffung der Praxisgebühr – von Mehrbelastungen für die Energiewende aufgeessen werden.

Völlig unabsehbar werden die getätigten politischen Weichenstellungen dann in Bezug auf Maßnahmen, die im Zuge der diversen Rettungsaktionen in der Eurozone in Gang gesetzt wurden. Selten fielen Anspruch und Realität von Regierungspolitik weiter auseinander.

Immerhin trat diese Regierungskoalition vor knapp drei Jahren eine medienwirksam inszenierte schwarz-gelbe Wunschehe an. „Regieren aus einem Guss“ lautete die Devise, die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat dafür waren vorhanden. Das zukunftsweisende wirtschafts- und ge-

sellschaftspolitische Projekt fehlt indes bis heute – im Übrigen auch vonseiten der anderen politischen Kräfte im Parlament.

Unzufrieden trotz der Wahlgeschenke

Doch vielleicht ist das alles zu einseitig vom Schreibtisch aus gesehen? Angenommen, der kritische Klartext-Blick wurde durch Ansteckung von ein paar Miesmachern und Schwarzsehern übertragen. Dem lässt sich mit Umfrage-Ergebnissen begegnen, die das Unbehagen der Bürger dokumentieren: Im ARD Deutschlandtrend von Anfang November zeigt sich, dass nur 28 Prozent der Befragten die zuletzt getroffenen Koalitionsentscheidungen – unter anderem über das Betreuungsgeld und das Ende der Praxisgebühr – als „sinnvoll“ bewerten. Knapp zwei Drittel sehen darin lediglich „Wahlgeschenke“.

Die bisherige Bilanz der schwarz-gelben Koalition wird von über zwei Drittel der Deutschen kritisch beurteilt. Yougov, ein Institut für Marktforschung, Organisationsforschung und Beratung mit Sitz in Köln, hat ebenfalls im November nachgefragt: Demnach sind 69 Prozent mit der Leistung der amtierenden Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP unzufrieden. Nur 20 Prozent zeigen sich zufrieden. Laut Umfrage ist der Anteil der mit ihrer Regierung Unzufriedenen in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in Europa am höchsten.

Andreas Schirmer



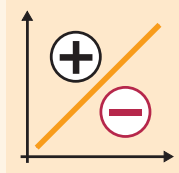
„Das deutsche duale Ausbildungssystem übernimmt zunehmend eine Vorbildfunktion in Europa. Nun geht es darum, alle Potenziale zu erschließen und neue Zielgruppen für die berufliche Bildung zu gewinnen.“

Annette Schavan

IM KLARTEXT

Dezember 2012

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2012

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Das Berufsberatungsjahr 2011/2012 lief im November mit der sogenannten Nachvermittlung aus. Für die Partner des „Ausbildungspaktes“ – Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Bundesagentur für Arbeit (BA) – ein Grund zur Freude: Ende September waren mehr unbesetzte Ausbildungsplätze (33 300) als unversorgte Bewerber (15 700) vorhanden: ein rechnerischer Überhang von 17 600 Stellen.

Bedenklich ist allerdings, dass knapp 163 000 der insgesamt rund 560 000 Ausbildungsplatzbewerber schon in den beiden Vorjahren bei der BA registriert waren. Sie haben im Übergangsbereich – Berufsvorbereitung, Berufsbildung, teilqualifizierende Berufsfachschule oder

Lehrstellen		
	Bewerber	Lehrstellen
2008/09	559 840	475 391
2009/10	556 062	483 519
2010/11	543 030	519 555
2011/12	559 877	517 086

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

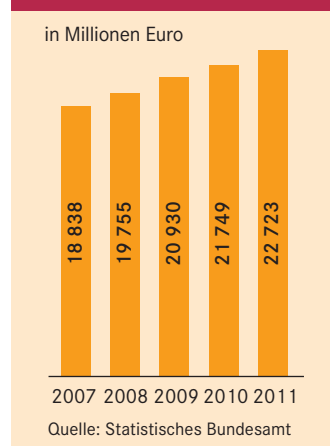
Einstiegsqualifizierung – auf eine neue Ausbildungsplatz-Chance gewartet. 2,2 Millionen Menschen ohne Berufsabschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren wurden Ende 2011 gezählt, immerhin rund 15 Prozent der Altersgruppe. Mittlerweile ist das durchschnittliche Einstiegsalter in eine Berufsausbildung bei Jugendlichen auf 19,5 Jahre gestiegen. Mitte der 1990er Jahre lag das Durchschnittsalter bei 18,5 Jahren. Der „Übergangsbereich“ bereitet demnach weniger auf eine Ausbildung vor, sondern führt in eine neue Warteschleife.

Eigenverantwortung

Die Sozialhilfeausgaben steigen. 2011 wurden 22,7 Milliarden Euro ausgezahlt, der bislang höchste Betrag seit der Sozialhilfe-Reform im Jahr 2005. Ausgaben für Arbeitssuchende oder Hartz-IV-Empfänger sind in der Summe nicht enthalten.

Während die Wirtschaft im vergangenen Jahr um drei Prozent gewachsen ist, stieg die Sozialhilfe um 4,5 Prozent. Weit über die Hälfte der sozia-

Sozialhilfe



len Hilfen – rund 57 Prozent – entfielen auf Eingliederungshilfen für behinderte Menschen. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde knapp ein Fünftel der Ausgaben aufgewendet, 14 Prozent waren für die Hilfe zur Pflege, je fünf Prozent für Hilfe zum Lebensunterhalt sowie für sonstige Ausgaben wie Hilfen zur Gesundheit. Bemerkenswert: Auch in Zeiten einer florierenden Wirtschaft – mancher sah bereits den dauerhaften „XXL-Aufschwung“ – wächst die staatliche Fürsorge in Deutschland.

Geldwertstabilität

Die Getreidepreise in Deutschland lagen im Herbst 2012 auf Rekordniveau: Um 265 Euro je Tonne notieren die deutschen Produktenbörsen seit Beginn der Erntezeit im Schnitt für normalen Weizen, für Qualitätsweizen sogar bis zu 285 Euro je Tonne. So viel musste in den letzten 25 Jahren im Juli, August und September noch nie bezahlt werden.

Brotgetreide war zum Ende der Erntesaison um rund 25 bis 35 Prozent teurer als vor einem Jahr. Ob daraus Preiserhöhungen bei Brot und Brötchen folgen, werden die Bäcker kalkulieren müssen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, da auch die Strompreise – Stichwort Energiewende – steigen werden.

Getreideernte

	in Deutschland, in 1 000 Tonnen	
	Weizen	Roggen
2009	25 126	4 326
2010	23 671	2 900
2011	22 710	2 521
2012	22 387	3 773

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU (innen); dpa-report
 Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard